

gegangen, daß Hildebrandt bei seiner Fabrikation die Lindeschen Patente Nr. 88 824 und 173 620 verletzt und hat ihm daher auch unter sagt, die zur Anwendung des Lindeschen Verfahrens dienenden Apparate gewerblich herzustellen, in Verkehr zu bringen, feilzuhalten oder zu gebrauchen.

**Dortmund.** In der Gewerkenversammlung der Gewerkschaft Elsa, Portlandzement- und Kalkwerk in Neubeckum berichtete der Vorsitzende über den Stand des Unternehmens und teilte mit, daß das Betriebsergebnis in diesem Jahre bis jetzt recht zufriedenstellend gewesen sei. Wenn nicht durch die Witterung oder sonstige unvorhergesehene Vorkommnisse Überraschungen einträten, sei damit zu rechnen, daß für das laufende Jahr eine Ausbeute von mindestens 200 000 M zur Ausschüttung käme.

Eine Reihe von Aktionären der Castrop-Sicherheitsprengstoff-A.-G. hat gegen den früheren Aufsichtsrat einen Schadenersatzprozeß angestrengt, in welchem die Einzahlung eines Betrages von etwa 1,5 Mill. in die Gesellschaftskasse verlangt wird. Die Klage ist in der Hauptsache auf Nichterfüllung resp. nicht ordnungsgemäße Erfüllung der dem Aufsichtsrat obliegenden Pflichten und auf Überschreitung der dem Aufsichtsrat zustehenden Befugnisse gerichtet. Im Mai d. J. erklärte sich das hiesige Landgericht durch Urteil zur Führung des Rechtsstreits für zuständig und sprach auch ferner aus, daß die Kläger die vorgeschriebenen Bedingungen erfüllt hätten. Die Beklagten legten gegen das Erkenntnis Berufung ein, die jetzt vom Oberlandesgericht in Hamm zurückgewiesen wurde. Nach Erledigung der Vorfragen wird der Prozeß nun hier verhandelt werden. Der den Aktionären erwachsene Schaden ist groß, die Aktien fielen über 150% im Kurse, als die bekannten Enthüllungen kamen.

**Elberfeld.** Die Elberfelder Papierfabrik, A.-G., hat im abgelaufenen Jahre einen Betriebsverlust von 506 619 M aufzuweisen, wozu 326 048 (361 351) M gewöhnliche Abschreibungen und 302 000 M Extraabschreibungen treten, so daß sich der neue Gesamtverlust auf nicht weniger als 1 134 667 M stellt. (Im vorigen Jahre hatten gegenüber dem Fabrikationsüberschuss von 1 399 544 M die Unkosten 1 216 682 M erfordert, so daß nach den Abschreibungen ein Verlust von 166 856 M entstanden war.) Durch die Deckung des neuerlichen Verlustes reduziert sich die Reserve weiter auf 735 977 M bei 3 Mill. Mark Grundkapital.

Nach der Auflösung des Aluminiumsyndikats sind die Preise für Aluminium bedeutend gesunken. Man findet Notierungen zu 130—135 M, neuerdings sogar herunter bis zu 120 M. Diese Notierung bewegt sich unterhalb des Selbstkostenpreises. Ein wilder Wettbewerb, auch seitens ausländischer, besonders französischer Firmen, macht sich bemerkbar. Gr.

**München.** Die Oberbayerische Koks- und chem. Fabriken-A.-G. weist für 1907/08 195 125 Mark Verlust aus, um den sich der Verlustvortrag von 199 871 M auf 394 996 M erhöht (bei 800 000 M Aktienkapital).

**Nürnberg.** Bergwerkseigentum in Oberfranken wurde neu verliehen der Deutsch-

Luxemburgischen Bergwerks- und Hütten-A.-G. im Umfange von 365 ha und der Firma Schröder & Stadelmann in Oberlahnstein im Umfange von 1200 ha.

### Dividenden:

	1907 %	1906 %
Portlandzementwerk Rombach, A.-G..	6	10
Norddeutsche Spritwerke . . . . .	14	14

### Tagesrundschau.

**Berlin.** Am 11./11. wurde das neue Verwaltungsgebäude der Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie eingeweiht. Das Gebäude liegt in der Sigismundstr. neben dem Hofmannhaus, welches jetzt in das Eigentum der Deutschen Chemischen Gesellschaft, unter Auflösung der Hofmannhaus-G. m. b. H., übergegangen ist.

**Dortmund.** Infolge Explosion eines Acetylenbehälters flog am 27./11. der Anbau der Fabrik Oplaender in die Luft. Die Trümmernmassen wurden weit in das Feld geschleudert. Ein Werkmeister und ein Arbeiter sind schwer verletzt.

**Hamburg.** Die Ölwerke J. E. de Bruyn in Wandsbeck wurden durch ein Schadenfeuer heimgesucht. Das Feuer nahm in kurzer Zeit gewaltige Dimensionen an. Das Fabrikgebäude brannte vollständig aus. Der Schaden wird auf ungefähr 1½ Millionen Mark geschätzt, da in den Fabrikräumen allein Vorräte im Werte von 1 Million lagerten, die verbrannt sind.

**Jena.** Auf dem unlängst hier abgehaltenen Verbandstage des Verbandes deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte wurde auch über die Konkurrenzklausel verhandelt. Ein Berliner Ingenieur Bernhard empfahl dabei für die Techniker und Ingenieure eine Einschränkung der Konkurrenzklausel nach folgenden Grundsätzen:

1. Die Konkurrenzklausel ist unwirksam, wenn der Angestellte bei der Beendigung des Dienstverhältnisses nicht mehr als 3000 M Jahreseinkommen bezogen hat.

2. Der Zeitraum, für den eine Konkurrenzklausel vereinbart werden darf, wird auf ein Jahr, von der Beendigung des Dienstverhältnisses an gerechnet, abgekürzt.

3. Eine Vertragsstrafe ist nur bis zum Betrage der Hälfte des Jahreseinkommens zulässig.

4. Dem Arbeitgeber stehen Ansprüche aus der Konkurrenzklausel nur dann zu, wenn er nachzuweisen vermag, daß ihm durch die Verletzung des Konkurrenzverbots irgend ein Schaden entstanden ist.

5. Zu gleicher Zeit ergibt sich aber die Notwendigkeit einer Ergänzung des Gesetzes nach der Richtung, daß die Rechtsprechung der Gewerbe-gerichte analog den Kaufmannsgerichten auch auf solche Betriebsbeamte, Werkmeister und mit höheren technischen Dienstleistungen betraute Angestellte ausgedehnt wird, deren Jahresarbeitsverdienst an Lohn oder Gehalt bis zu 5000 M beträgt, sowie daß für Streitigkeiten aus Konkurrenz-